

040 8374  
193 10977  
74 13287  
71 15418  
8008 9021  
1891 17947  
119 2971  
165 3845  
756 50918  
007 56479  
20 62753  
174 72438  
65 77553  
26 81998  
93 89775  
03 94999  
78 101888  
2 110123  
3 119448  
9 129147  
3 133750  
3 139921  
4 151100

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichungen werden in der Regel  
und für den Rest des Monats  
enthalten. — Inhaltlich vollständig.  
Verantwortl. — Auer Nr. 26.

Verantwortl. — Auer Nr. 26.  
Verantwortl. — Auer Nr. 26.

Entgegen: Eingetrag. Handelsregister. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Nr. 1000

Nr. 66

Freitag, den 18. März 1932

27. Jahrgang

# Deutschland und der Donauplan Frankreichs

## Nicht ohne Deutschland!

Berlin, 16. März. Die deutsche Stellungnahme zu den französischen Vorschlägen über die Sanierung des Donauraumes geht davon aus, daß sich die Reichsregierung in der Beurteilung der Dringlichkeit einer entschlossenen Hilfsaktion für die notleidenden Donaufstaaten mit der französischen Hilfsaktion in voller Übereinstimmung befindet. Das französische Memorandum nimmt Bezug auf den Bericht des Finanzausschusses des Völkerbundes über die Finanzlage Oesterreichs und Ungarns, der die Aufmerksamkeit der Regierungen dieser beiden Staaten auf die Notwendigkeit gelenkt habe, so bald wie möglich mit gewissen Nachbarländern engere wirtschaftliche Beziehungen herzustellen. Deutscherseits wird darauf hingewiesen, daß der Finanzausschuß des Völkerbundes bei seiner Empfehlung einer wirtschaftlichen Annäherung Oesterreichs und Ungarns an ihre Nachbarstaaten und an andere Staaten von der Erkenntnis ausgegangen sei, daß die genannten Länder zu ihrer wirtschaftlichen Befundung einer Erweiterung ihres Absatzmarktes bedürfen. Wenn die französische Regierung glaube, ein ähnliches Bedürfnis auch bei den übrigen Ländern des Donaugebietes feststellen zu können, so könne die Reichsregierung dieser Auffassung hinsichtlich der überwiegend agrarischen Donaufstaaten Rumänien, Jugoslawien und Bulgarien nur zustimmen.

Der Donaufstaaten untereinander einen durchgreifenden Erfolg nicht versprechen. Es liege vielmehr gerade im Interesse der Donauländer selbst, bei dem Gebirgsaustausch von vornherein die Vertreter der Hauptabnehmerländer, insbesondere Frankreich, England, Italien und Deutschland, hinzuzuziehen.

### Die Genfer Besprechungen

wegen der Pläne mit den Donauländern  
Genf, 16. März. Die Besprechungen über den wirtschaftlichen Wiederaufbau der Donauländer sind heute im Kreise der interessierten Delegationen weitergepflogen worden. Tardieu, der noch bis morgen hier bleibt, hat in diesem Zusammenhang auch den Wunsch geäußert, hier in Genf mit deutschen Vertretern über diese Frage zu sprechen. Um dem zu entsprechen, halten sich hier zwei Vertreter der deutschen Regierung auf, nämlich Ministerialdirektor Voss und Legationsrat von Heeren. Es sind für heute nachmittag und morgen vormittag Besprechungen mit der französischen Delegation vereinbart worden. Der italienische Delegierte de Michelis, der mit Tardieu gestern eine längere Aussprache hatte, ist heute wieder nach

Rom zurückgekehrt, um Mussolini Bericht zu erstatten. In französischen Delegationen wird angenommen, daß nunmehr auf Grund dieser Aussprache die italienische Regierung ihre Stellungnahme der französischen Regierung bald unterbreiten wird. Auf französischer Seite wird erneut erklärt, daß die englische Regierung im Prinzip dem Plan zugestimmt habe. Deutscherseits dürfte in den jetzigen Besprechungen nachdrücklich geltend gemacht werden, daß irgendwelche Präferenzabmachungen innerhalb der Donaufstaaten, an denen auch die Tschchoslowakei beteiligt würde, für Deutschland nur dann annehmbar seien, wenn Deutschland gleichfalls in dieses System einbezogen werde. Ferner steht man deutscherseits auf dem Standpunkt, daß auch Bulgarien in den Plan einer wirtschaftlichen Neuorganisation der Donauländer einbezogen werden muß. Die deutschen Vertreter hatten heute verschiedene Besprechungen mit Vertretern der Donaufstaaten.

Tardieu und das deutsche Memorandum zur Donaufrage  
Paris, 16. März. Der Genfer Korrespondent des „Temps“ berichtet, daß Tardieu sich ihm gegenüber günstig über das deutsche Memorandum zur Donaufrage geäußert habe. Die Verhandlungen mit Italien würden Anfang kommender Woche in Paris wieder aufgenommen werden.

### Reichstag und Preußenwahl

Berlin, 16. März. Dadurch, daß der Termin für die Neuwahl des preussischen Landtages auf den 24. April festgesetzt worden ist, ist es zweifelhaft geworden, ob der Reichstag, wie ursprünglich vorgesehen, am Dienstag, 12. April, wieder zusammentreten kann, denn auch die Mitglieder des Reichsparlamentes wollen agitorisch in den Landtagswahlkampf einsteigen. Andererseits drängt jedoch die Arbeit am Reichstag, der am 1. Juli in Kraft treten soll. Das Reichstagspräsidium ist deshalb der Ansicht, daß der Reichstag sehr wohl am 12. April zusammentreten kann, um in einer kurzen Tagung die erste Sitzung des Reichshausparlamentes zu erledigen und ihm dem Haushaltsauschuß zu überweisen.

trifft, wie von den Pressestellen des Reichswaldes und der Deutschnationalen Volkspartei mitgeteilt wird nicht zu.

### Die bayerischen Landtagswahlen endgültig auf den 24. April festgesetzt

München, 16. März. Das Plenum des bayerischen Landtages stimmte heute in namentlicher Abstimmung einstimmig den Beschlüssen des Verfassungsausschusses zu, wonach die Landtagsauflösung am 24. April erfolgt und die Neuwahlen auf den gleichen Tag festgesetzt werden.

### Steinwürfe gegen das litauische Generalkonsulat in Berlin

Berlin, 16. März. Gegen das Gebäude des litauischen Generalkonsulats von Litauen warfen heute drei junge Burschen einige Steine. Eine Fensterscheibe wurde zertrümmert. Einer der Täter wurde von der Polizei festgenommen. Die Täter hatten kurz zuvor mehrere Berliner Zeitungsredaktionen angerufen und ihnen mitgeteilt, daß drei Mitglieder der radikalen Straßer-Gruppe ein Attentat auf das litauische Generalkonsulat begehen würden.

### Die Note der Signatarmächte in Litauen überreicht

Genf, 16. März. Die angekündigte Note der Signatarmächte ist, wie von beteiligter Seite verlautet, heute nachmittag in Kovno durch einen Kollektivschritt der Mächte überreicht worden.

### Die Vereinigten Staaten für ein Verbot von Waffenlieferungen an kriegsführende Staaten

Washington, 16. März. Im Ausschuss des Repräsentantenhauses gelangte heute ein Antrag zur Annahme, der der Regierung der Vereinigten Staaten empfiehlt, jedem auf der Abrüstungskonferenz beschlossenen Pakt beizutreten, der durch das Verbot von Waffenlieferungen an kriegsführende Staaten eine Erweiterung und Verstärkung des Kellogg-Paktes darstellt.

### Washington gegen die Anerkennung der neuen mandatschurischen Regierung

Washington, 16. März. Im Staatsdepartement wurde heute erklärt, daß weder Amerika die mandatschurische Regierung anerkennen werde, noch daß es angeht, den Artikel 2 des Neunmächtepaktes für irgendeine Signatarmacht zulässig erscheine, diese Regierung als legitime Vertretung der mandatschurischen Provinzen Chinä anguerkennen.

### Verbot des Braunschweigischen Volkstumsbundes

Braunschweig, 17. März. Der Braunschweigische Volkstumsbund ist von dem Innenminister auf der Basis des Verbotgesetzes verboten worden. Die schriftliche Begründung des Verbotes liegt noch nicht vor.

### Dank des Reichspräsidenten an die Hindenburg-Ausschüsse

Berlin, 16. März. Der Reichspräsident empfing heute den Arbeitsauschuß der vereinigten Hindenburg-Ausschüsse, Landrat a. D. Gerets, Graf Westarp, Generalmajor von Winterfeld und Staatssekretär s. D. Kempner und sprach ihnen und allen in den Hindenburg-Ausschüssen tätigen Damen und Herren seinen herzlichsten Dank für die so aufopfernd geleistete Arbeit aus.

### Rein Wahlloos zur Preußenwahl

Berlin, 16. März. Die Nationalliberale Korrespondenz meldet: Verschiedene Blätter verbreiten die Meldung, die Deutsche Volkspartei werde gemeinsam mit der Staatspartei, der Wirtschaftspartei, dem Bauvolk und den Konservativen ein Wahlloos für die preussische Landtagswahl bilden. Davon kann gar keine Rede sein. Die Deutsche Volkspartei wird in voller Selbständigkeit in den Wahlkampf gehen.

Die Reichsgeschäftsstelle der Volkspartei hat eine Mitteilung mit, daß der Standpunkt der Vereinigung, sich an irgendwelchen formalen Sammlungsbestrebungen nicht zu beteiligen, unverändert geblieben ist und daß daher alle in Bezug auf die Volkspartei veröffentlichten Nachrichten nicht zutreffen.

### Keine gemeinsame Kandidatur der „Nationalen Opposition“

Berlin, 16. März. Die Mitteilung des „Deutschen“, wonach der Bundeskanzler des Reichswaldes sich nach München begeben habe, um Hitler zur Aufgabe seiner Kandidatur für den zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahl zu bewegen sowie die Nachricht, daß Admiral von Saldern als gemeinsamer Kandidat der „nationalen Opposition“ in Aussicht genommen sei,

Die deutsche Regierung ist immer der Meinung gewesen, daß die beste Lösung zur Überwindung dieser Schwierigkeiten

die Schaffung eines Wirtschaftsraumes wäre, der nach seiner Größe und seiner wirtschaftlichen Struktur den Absatz der landwirtschaftlichen Überschüsse aus den südosteuropäischen Agrarstaaten innerhalb seiner Grenzen sicherstellt. Dieses Ziel würde jedoch lediglich durch eine Zusammenfassung der Donauländer unter sich, wie dies französischerseits vorgeschlagen wird, nicht erreicht werden können. Vielmehr wird ein solcher Wirtschaftsraum auch die großen landwirtschaftlichen Absatzgebiete Europas mit umfassen müssen.

Ein auf die Donaufstaaten beschränkter wirtschaftlicher Zusammenschluß würde überdies für die ebenfalls stark bedrohte deutsche Wirtschaft eine schwer erträgliche Verengung ihres Absatzes zur Folge haben.

Mit der Verwirklichung der durchgreifenden Lösung durch Schaffung eines solchen großen europäischen Wirtschaftsraumes wird jedoch sobald nicht gerechnet werden können, wie dies für eine rechtzeitige Hilfe unerlässlich ist. Deutschland hat deshalb seinerseits nach Wegen gesucht, auf denen die notwendige rasche Abhilfe gegenüber dem gegenwärtigen außerordentlichen Krisenzustand geschaffen werden kann, ohne einer späteren Gesamtlösung vorzugreifen.

Schon die italienische Regierung hat in ihrer nach Auffassung der Reichsregierung durchaus zutreffenden Beurteilung der Lage darauf hingewiesen, daß in der schwierigen Situation Oesterreichs und Ungarns ein Gefahrenmoment liegt, dessen Beseitigung vordringlich erscheint.

Oesterreich kann nach Auffassung der deutschen Regierung eine wirksame und rasche Hilfe dadurch gewährt werden, daß entsprechend der Anregung des Finanzausschusses des Völkerbundes seine Nachbarländer und andere Staaten für die Aufnahme der österreichischen Ausfuhr bevorzugte Bedingungen schaffen.

Ungarn und den übrigen Donaufstaaten mit überwiegend agrarischer Erzeugung wird ebenfalls zunächst dadurch eine wesentliche Erleichterung gebracht werden können, daß ihre Getreideüberschüsse von den europäischen landwirtschaftlichen Absatzgebieten unter günstigeren Bedingungen aufgenommen werden. Diese beiden Maßnahmen entsprechen völlig den Vorschlägen, die von der französischen Regierung selbst am 16. Mai 1931 in dem sogenannten „Constructivplan“ dem Europaausschuß des Völkerbundes mit dem Ziele einer sofortigen Hilfe für Oesterreich und die Agrarländer des Donauraumes vorgelegt wurden.

Auch die Reichsregierung sieht in einer Einigung aller beteiligten Staaten auf der Basis dieser Vorschläge den besten Weg für eine rasch wirksame Hilfe für die in Frage kommenden Donauländer. Sie hat sich in ihrer Antwort auf den Appell Oesterreichs bereits vorbehaltlos auf diesen Boden gestellt.

Ebenso wie der italienischen Regierung erscheint es auch der Reichsregierung nicht zweckmäßig, den vorgesehenen Meinungsaustausch auf die Vertreter der interessierten Donaufstaaten zu beschränken. Da das dringendste Erfordernis darin besteht, den notleidenden Donauländern den Absatz ihrer Erzeugnisse auf aufnahmefähigen europäischen Märkten zu erleichtern, können man sich von Abmachungen